

# IG für mehr Transparenz

~ Eine Interessengemeinschaft für Offenheit ~

Rolf Zimmermann ♦ Zum Kronenborn 12 ♦ 53557 Bad Hönningen



21. Juni 2023

## Pressemitteilung

### Interessengemeinschaft (IG) für mehr Transparenz informiert

**Die Verfahrensweise zum Wiederkehrenden Beitrag in Bad Hönningen wird immer länger, undurchsichtiger und damit langsam unglaublich**

In einer gemeinsamen Stellungnahme des Stadtbürgermeisters mit den Beigeordneten und den Fraktionsvorsitzenden vom 17. Februar 2022 zum Einwohnerantrag ist die Zusage zu lesen, dass die Unterzeichner das Thema zeitnah nach einer Verwaltungsgerichtsentscheidung wieder auf die Tagesordnung nehmen. Leider kam kein Urteil zustande, denn die Rhein-Zeitung berichtete am 09. April 2022 unter der Überschrift „Fehler im Bescheid lässt Prozess platzen“. Die Stadt hat noch im Gericht den umstrittenen Gebührenbescheid zurückgenommen und die Verhandlung wurde ohne Urteil abgebrochen.

Weitere substantielle Aktivitäten in Sachen eines wkB-Abrechnungsgebietes waren in der Folge nicht zu verzeichnen, so dass die IG Transparenz im November 2022 eine Pressemitteilung startete, der sich eine Reihe von Leserbriefen anschloss.

Es dauerte weitere zwei Monate und damit ein Jahr nach obiger Presseveröffentlichung, bis der Stadtbürgermeister in einer öffentlichen Kolumne vom 09. Februar 2023 die Bürgerinnen und Bürger zur Mithilfe aufgerufen und um Einreichung von Vorschlägen und Begründungen zur Rückkehr zu einem Abrechnungsgebiet bis zum 04. März 2023 bat. Bürgerinnen und Bürger haben pünktlich geliefert, aber der für den 29. März 2023 anberaumte Termin mit einem Fachanwalt im Rahmen einer Stadtratsitzung zur Beurteilung dieser Bürgervorschläge fand krankheitsbedingt nicht statt.

Den zahlreich zu dieser Stadtratsitzung erschienenen Bürgerinnen und Bürgern wurde weder für ihre Mithilfe gedankt, noch gab es eine Übersicht über die eingegangenen Vorschläge. Die Presse war nicht zugegen. Während der Sitzung gab es keine Nachfrage seitens des Rates.

Es ergab sich erst in der Bürgerfragestunde, dass mehr als drei Vorschläge eingegangen sein müssten. Die Bürgerfrage nach dem weiteren Vorgehen konnte der Stadtbürgermeister nicht wirklich beantworten.

Die IG Transparenz wurde zu dieser öffentlichen Ratssitzung am 29. März 2023 eingeladen mit der Chance, Fragen zu stellen, die zuvor hätten abgegeben werden müssen. Die Aufforderung zur Mithilfe im Februar 2023 hatte jedoch nur zu Vorschlägen bzw. Begründungen für die Rückkehr zu einem Abrechnungsgebiet aufgerufen. Diese Unklarheiten bezüglich des Vorgehens waren bereits im Vorfeld in Leserbriefen angemerkt worden, wurden jedoch ignoriert, so dass diese Einladung direkt im Dissens landete. Ob unsere nachträglich gestellten Fragen tatsächlich den Fachanwalt erreicht haben, ist nicht bekannt.

Interessant war mal wieder der Versuch des Stadtbürgermeisters die Fragen der IG Transparenz selbst zu beantworten, obwohl er kein ausgebildeter Jurist ist. Wir sind nicht die einzigen, die eine juristische Beurteilung fordern und empfinden den Mangel an juristischer Expertise schon seit dem Einwohnerantrag als ein Manko. Die drei der IG Transparenz bekannten Vorschläge sind alle sachlich sowie juristisch begründet. Das Schreiben des Fachanwalts Klein, Hannover, mahnt insbesondere die falsche Interpretation des OVG-Urteils vom Juli 2018 an. Die IG Transparenz ist nicht der Auftraggeber für diesen Anwalt, sondern hat einen eigenen Vorschlag eingereicht. Im Anschluss an die Sitzung hat die IG Transparenz diese drei Vorschläge über den Link [www.igtransparenz.de/Informationen/](http://www.igtransparenz.de/Informationen/) der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die IG Transparenz sieht in diesen drei Vorschlägen ein sehr gutes Briefing zur Erstellung einer neuen gerichtsfesten wkB-Satzung für ein Abrechnungsgebiet durch einen Fachanwalt.

Dieses vom Stadtbürgermeister immer angeführte Risiko, welches die Erste Beigeordnete während der Sitzung am 29. März 2023 unreflektiert wiederholte, hat er nie näher erläutert und erschließt sich uns bis heute nicht.

War er es doch als Beauftragter der Verbandsgemeinde und nicht eine Bürgerin oder ein Bürger der Stadt, der gegen die seinerzeitige Satzung mit einem Abrechnungsgebiet geklagt hat mit der Argumentation, dass die B 42 über der Kolpingstraße eine Trennung darstelle und die unbebaute Fläche dort eine nicht unerhebliche Außenfläche darstelle, welches durch vorgelegte Fotografien belegt wurde. Die ursprünglich vom Rat gewollte Satzung mit einem Abrechnungsgebiet wurde damit bewusst und aktiv in Frage gestellt.

Der schriftliche Auftrag an den jetzigen Fachanwalt ist bis heute unklar. Der Rat hatte letztes Jahr eine Mandatsvereinbarung mit einer Anwaltskanzlei zum Thema wkB beschlossen. Eine Mandatsvereinbarung ist eine Rahmenvereinbarung über Preise sowie ein Aufgabenthema. Ob es dazu klar vereinbarte Arbeitspakete gibt, ist unklar.

Wann die Nachholveranstaltung nun stattfinden soll, steht nach weiteren drei Monaten des Wartens in den Sternen. Ist das Warten eine Taktik des Herrn Stadtbürgermeisters? Dies ist provokativ, jedoch glaubt doch kein Mensch mehr an so viele dumme Zufälle. Zumal in anderen Aktivitäten – siehe Hausankauf neben der ev. Kirche - sehr schnell gehandelt werden konnte.

Die IG Transparenz wird nicht lockerlassen. Wir haben unseren Beitrag geleistet und erwarten nun die Umsetzung:

- Die IG Transparenz erwartet nun die umgehende Terminierung der Nachholveranstaltung und keine weiteren Wartezeiten.
- Die IG Transparenz fordert die Veröffentlichung aller eingegangenen Vorschläge für alle Bürgerinnen und Bürger von Bad Hönningen.
- Die IG Transparenz fordert erneut die Veröffentlichung der schriftlichen Vorbereitung des Termins vom 29. März 2023 für alle Bürgerinnen und Bürger, zumindest für alle Einreicher und Einreicherinnen eines Vorschlages oder einer Begründung. (hatte die IG zur Vorbereitung der Ratssitzung vom 29. März 2023 schon gefordert).

Will der Stadtbürgermeister ein wenig Glaubwürdigkeit erhalten, dann käme er diesen Wünschen nach. Dieses Vorgehen ist bestimmt kein Aushängeschild in Sachen Bürgerbeteiligung oder Bürgerdialog für den nun anstehenden Kommunalwahlkampf.